



Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

die verbindlichen Absprachen bezüglich der 100 Meter Flughöhenbegrenzung des Deutschen Modellflieger Verbandes (DMFV) mit dem Bundesverkehrsministerium (BMVI) wurden in letzter Minute abgeändert. Wie wir Ende November 2016 informierten hatte sich die politische Leitung des BMVI mit dem DMFV darauf verständigt, dass Mitglieder von beauftragten Verbänden, also dem DMFV, nach Erhalt einer Einweisung über die Regeln für den Modellflug weiterhin über 100 Meter hätten fliegen können. Nach Intervention des Bundesverteidigungsministeriums, wurde diese Absprache dahingehend erweitert, dass zusätzlich zu der Einweisungsbestätigung noch eine Ausnahmegenehmigung bei der Landesluftfahrtbehörde erforderlich sein soll. Der DMFV wurde über diesen Umstand erst am 06. Januar 2017 in einem persönlichen Gespräch informiert. Die DMFV - Vertreter protestierten umgehend auf das Schärfste.

Schon am 18. Januar 2017 „winkte“ die Bundesregierung diese sog. „Drohnen-Verordnung“ durch und reichte sie mit Drucksache BR-Drs. 39/17 zur Beschlussfassung an den Bundestag. Am 22. Februar wird der dortige Verkehrsausschuss zu der Sache beraten und für den 10. März 2017 ist in der Sitzung des Bundesrats die Verabschiedung vorgesehen. Der DMFV hat die kurzen Zeitfenster noch einmal intensiv genutzt und besteht gegenüber der Politik auf die Einhaltung der gemachten Zusagen in der Verordnungsfassung von Ende November 2016. Hier einige Punkte:

- Von strategischer Bedeutung ist die Positionierung der SPD. Diese stellt in 9 von 16 Bundesländern den Regierungschef/-chefin. Vor diesem Hintergrund konnten wir zeitnah ein Treffen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag Sören Bartol MdB, dieser ist verantwortlich für den Verkehrsbereich, und dem zuständigen Fraktionsreferenten für Verkehr Stephan Bull organisieren. Sören Bartol sagte uns die Unterstützung für die DMFV – Position zu.



- Der DMFV übermittelte den Ministerpräsidenten und Landesverkehrsminister der 16 Bundesländer in einem weiteren Schritt Argumenten gegen die fachliche Fehlentwicklung in der abgeänderten Verordnung. Ergänzend wiesen wir auch auf die unfaire Behandlung durch die Bundesministerien hin, die einen Vertrauensbruch gegenüber Deutschlands Modellflieger darstellten.

- Parallel hierzu trat der DMFV in Dialog mit dem Sekretariat des Ausschuss für Verkehr im Bundesrat. Hier wurde abgestimmt, dass am 3. Februar 2017 die DMFV – Stellungnahme an die Ausschussmitglieder überstellt werden sollte.



- Durch bestehende politische Netzwerke des DMFV wurden auch die Staatssekretäre der Landesverkehrsministerien darauf aufmerksam gemacht, „dass da etwas in Sachen DMFV kommt, und eine besondere Wichtigkeit genießt“. Damit gelang es dem DMFV zu vermeiden, dass in dem formalisierten Arbeitsprozess der Ministerien die Sachangelegenheit in die Abteilungen delegiert worden wäre.
- Die „Türen“ für persönliche Einflussnahme und Telefonkonferenzen mit den politischen Entscheidungsträgern waren nunmehr geöffnet. So gab es direkte Gespräche mit Bayern, Baden – Württemberg, Nordrhein – Westfalen, Niedersachsen, Saarland, Hansestadt Hamburg, Brandenburg und Sachsen. Aus diesen Gesprächen lässt sich herausfiltern, dass unsere Problematik nunmehr bekannt ist und das es eine Sensibilisierung für die Gespräche im Bundesrat geben wird.
- Ergänzend hierzu kontaktierte der DMFV die Vertreter des Bund-Länder-Fachausschuss Luftverkehr sowie der Landesluftfahrtbehörden, also die Fachebene der Länder, und erläuterte die Gegenargumente einer 100 Meter Flughöhenbegrenzung mit zusätzlicher Ausnahmegenehmigung.



- Von besonderer Bedeutung war auch ein Gespräch von DMFV – Präsident Hans Schwägerl mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt am 07. Februar 2017. Hieran nahmen auch die zuständigen DMFV – Gebietsbeauftragten Manfred Rohrmeir und Robert Menhofer teil. Hans Schwägerl machte dem Minister klar, dass die vorliegende neue Luftverkehrsordnung für den Modellflug in Deutschland mehr als problematisch ist. Thema des Gespräches war auch das Unverständnis darüber, dass der nach über einem Jahr Verhandlungszeit gefundene Kompromiss mit dem Verkehrsministerium (BMVI) gekippt wurde. Minister Dobrindt erklärte gegenüber den

Vertretern des DMFV, dass er sich des Themas annehmen wird. Er versicherte, dass dem Modellflug kein Schaden entstehen soll.

Fazit dieser intensiven Arbeit: Dem Ausschuss für Verkehr im Bundesrat liegt zwischenzeitlich ein Antrag vor, der eine Änderung der Verordnung und somit ein Wiederaufleben des vom DMFV ausgehandelten Kompromisses unterstützt. Wie die Beratungen am Ende konkret ausgehen werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht verlässlich bewertet werden. Der DMFV wird Sie zeitnah auf dem Laufenden halten. Diesen intensiven Prozess begleiteten wieder viele DMFV - Mitglieder und Modellflieger in außergewöhnlich engagierter Weise und mit viel Herzblut. Herzlichen Dank hierfür.